

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 399 5. Dezember 2007

14. Jahrgang

Die neue Regierung: «Trojanisches Pferd» oder «Der Alte und das Meer»?

Um in einem Land wie Guatemala an die Macht zu gelangen, braucht eine politische Partei die Unterstützung korrupter AkteurInnen, die einerseits die Wahlkampagne finanziell unterstützen und andererseits die eigene unrechtmässige Bereicherung zum Ziel haben. Gleichwohl kann gerade wegen der Präsenz dieser korrupten AkteurInnen keine Partei, ist sie einmal an der Macht, wirkungsvoll regieren. Wenn eine neu antretende Regierung diese Realität ignoriert und keinen erfolgreichen Umgang damit findet, riskiert sie, wie in der Erzählung von Ernest Hemingway „Der Alte und das Meer“ zu enden: Eine der grössten in einem Land existierenden Chancen zu fischen, nur um nach vier Jahren im Hafen (bzw. am Ende der Regierungszeit) anzukommen, mit nichts mehr als den übrig gebliebenen Knochen dessen, was einmal ein ambitioniertes politisches Projekt war.

Der folgende Text ist die Zusammenfassung eines Artikels aus der Nummer 1730 von *Inforpress Centroamericana*, erschienen am 16. November 2007.

Die Rolle der Korruption

Seit sieben Jahren bietet *Inforpress Centroamericana* einen Informations- und Weiterbildungsservice für BürgermeisterInnen an. Bis heute haben 170 municipale Regierungen – die Hälfte der Gemeinden des Landes – dieses Angebot genutzt und schicken BeamtInnen, FunktionärInnen und Angestellte zu den Analyse- und Internet-Workshops. Diese Angebote bieten auch Raum für einen offenen Austausch und ungewohnte Diskussionen auf kommunaler Ebene. Diese Erfahrungen und der Austausch mit politischen AkteurInnen, RegierungsfunktionärInnen und AnalystInnen haben dazu geführt, Korruption als das zentrale Problem für die Demokratie in Guatemala zu betrachten. Die Korruption kann eine Chance sein oder eine Bedrohung, je nach den jeweiligen Motiven einer Person. In der Folge soll versucht werden, die Auswirkungen und Funktion der Korruption darzulegen sowie die Wichtigkeit aufzuzeigen, eine radikale Politik gegenüber diesem Thema zu entwickeln.

Die Wirtschaft Guatemalas ist charakterisiert durch eine extreme Konzentration von Reichtum bei einigen wenigen. Gleichzeitig existiert mit einer „Repräsentativen Demokratie“ eine Regierungsform, in der theoretisch jederR Stimmende über die gleiche Entscheidungsmacht verfügt. Das korrupte Verhalten politischer AkteurInnen stellt das Abschwenden von ihren politischen (Wahl-)Versprechen in Richtung persönlicher Interessen und Bereicherung dar. Anstatt die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, unterbinden sie jegliche Manifestation sozialer und politischer Forderungen der organisierten WählerInnen. Aus der formalen Perspektive ist die Korruption ein Systemfehler. Aus der hegemonialen Perspektive hat diese Fehlleistung hingegen eine strategische Funktion. Ähnliche „funktionale Fehlfunktionen“ existieren in den ökonomischen Sektoren in Form von Hehlerei oder im sozialen

Sektor in der Form von gutbezahlten Angestellten in der Entwicklungszusammenarbeit, die in vielen Fällen demokratische Beziehungen zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der von ihnen begünstigten Basis unterhöhlen.

Die Korruption verändert nicht nur den Kreislauf von Verantwortung und Verbindlichkeiten von Seiten der Regierenden und ihrer FunktionärInnen, sondern sie kontrolliert auch das Eingangstor zur Regierung.

In kleinen Gemeinden in Escuintla zum Beispiel gibt einE KandidatIn für eine Wahlkampagne rund 500'000 Quetzales (ca. 60'000 US-\$) aus. In einer Kampagne für eineN AbgeordneteN in Chimaltenango kann eine erfolgreiche Kampagne über eine Million Quetzales verschlingen. Die Eigenfinanzierung dieser Kampagnen wird in der Mehrheit der Fälle durch eine Logik der «Vorinvestition» und Sicherstellung des Rückflusses bestimmt.

In den meisten grossen Parteien müssen die Kandidierenden einen Teil zu den nationalen Kampagnen beisteuern und die Kosten ihrer eigenen Kampagne decken. Dieser Finanzierungsmodus erklärt den riesigen Frust und manchmal die Gewalt beim Verlieren lokaler Wahlen. Dies wird weniger als politische Niederlage, sondern vielmehr als einen Verlust «vorinvestierter» Mittel wahrgenommen.

In diesem Kontext stärkt die Korruption die Beziehung Staat-Unternehmen, und zwar auf Kosten der Beziehung Staat-Gemeinden. Von den drei sozialen Bereichen, welche die westliche Gesellschaft bilden – Staat, Markt und Gemeinwesen –, stärken sich die beiden ersten gegenseitig, während das Gemeinwesen mehr und mehr zerfällt. Historisch und vor allem in Ländern, in denen eine Diskrepanz zwischen sozialer Emanzipation und sozialer

Regulation bestand, konnten die Staaten ihre Politik zwischen den sozialen Interessen der Bevölkerung und den Interessen der unternehmerischen Sektoren ausbalancieren.

Trotzdem haben sich die Staaten in den letzten dreissig Jahren auf Kosten der sozialen Agenden immer mehr den unternehmerischen Interessen verpflichtet. In Ländern wie Guatemala bedeutet dies das Ende der Spannung zwischen der sozialen Emanzipation und der sozialen Regulation zu Gunsten der Handelsinteressen.

Das Thema Korruption hat sich korrumpiert

Es macht stutzig, dass das Thema Korruption während der Übergangsddekade von Militär- zu zivilen Regierungen nicht sonderlich zentral war. Tatsache ist, dass die Korruption, die während den 1980er-Jahren existierte, den Übergang von den Militärs zu den Zivilen u.a. erst ermöglichte, indem sie ein gemeinsames Interesse bildete, das die beiden vereinte. So sind z.B. die heutigen „klandestinen Strukturen“ ein Erbe aus dieser Zeit.

Die ausländischen Regierungen setzen das Thema nur dann prioritär auf ihre Traktandenlisten, wenn die Korruption zu einer Rechtfertigung für die Privatisierung wird. Dann werden Themen wie Regierbarkeit und unlauterer Wettbewerb für die Regierungen und einige Exponenten des Privatsektors von Interesse.

Der doppelte Diskurs ist in den Kommunikationsmedien und bei den RegierungsfunktionärInnen am weitesten verbreitete. Das Sprechen oder Schreiben über Korruption dient dazu, die Demokratie zu regulieren: Wenn die Korruption überbordert oder politische Feinde der jeweiligen Regierung involviert, schenken ihr die Medien auf selektive Art und Weise ihre Aufmerksamkeit. Jene unternehmerischen Gruppen, denen die Medien gehören, verfügen dadurch über einen Mechanismus, die öffentliche Meinung mittels selektiver Korruptionsbeschuldigung zu beeinflussen. Diese ausgewählten Angriffe bestimmen schliesslich über die Glaubwürdigkeit des öffentlichen Sektors.

Die moderate Perspektive wird von der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und der Weltbank vertreten, denen politische Stabilität und eine wirkungsvolle öffentliche Administration am Herzen liegen, um Märkte zu entwickeln und politische Krisen in ihren Einflusszonen zu verhindern.

Die Vereinigten Staaten haben bei den guatemaltekischen NGOs mit Schu-

lungen und Finanzierungen Boden gutgemacht. Das Fehlen einer genauen Analyse von Seiten der NGOs hat deren Annäherung an Sektoren begünstigt, die historisch von der staatlichen Korruption profitiert haben. Das Ergebnis ist, dass diejenigen sozialen Kräfte, die eine kontrollierende Funktion einnehmen könnten, eingebunden und de-mobilisiert werden.

Das trojanische Pferd

Der Kampf um die Definition von Konzepten wird immer heftiger. Begriffe wie Korruption, Demokratie, Menschenrechte werden so unterschiedlich definiert, dass sie Opposition zwischen AkteurInnen hervorrufen. Doch die Tatsache, dass die verschiedenen Diskurse von gemeinsamen Finanzierungsquellen gespiesen werden, trägt oft zur politischen Vermischung unterschiedlicher Agenden bei. In diesen Fällen verwandeln der Pragmatismus, die Mittelmässigkeit und der Opportunismus diese «Antivirus-Programme» in Träger neuer Viren, die den Diskursen zu Grunde liegen.

Für einige AnalystInnen liegt die Lösung in der Wiederbelebung der Dichotomie Freund-Feind. Denn solange es keine Feinde gibt, gibt es auch keine Notwendigkeit für Freunde. «Die tiefsten Wurzeln der Krise des Wohlfahrtsstaates liegen weniger in einer manipulierten Finanzkrise als in der ideologischen Einprägung des Verschwindens der Freunde und ihrer Ersetzung durch ein Meer fremder, im besten Fall indifferenter, im schlechtesten Fall gefährlicher Körper.» (*Bonaventura de Souza Santos*)

Der günstigste Moment für eine Regierung, die Korruption bekämpfen will, sind die ersten Monate ihrer Administration. Dies ist eine risikoreiche Zeit, und es herrscht eine Tendenz, radikale Entscheidungen zu vermeiden. Nichtsdestotrotz muss die Herausforderung darin bestehen, die Beziehungen Staat-Unternehmen durch Beziehungen Staat-Gemeinwesen zu ersetzen. Es wird einen gefährlichen Moment geben, in der die korrupten Alliierten sich der Regeländerung bewusst werden und es erfordert die Bereitschaft der Regierung, das Risiko einer allgemeinen Krise einzugehen. Diese Strategie stellt eine Art trojanisches Pferd dar, weil sie das «Geschenk» des Wahlsieges in ein Werkzeug zur Bekämpfung der Korruption verwandelt.

Zweifellos beinhalten die erforderlichen Veränderungen auch ein Umdenken und -handeln der beteiligten Personen. Es muss von der Idee ausgegangen werden, dass der Mensch über eine grosse Fähigkeit zum Selbstbetrug ver-

fügt. Diese Fähigkeit ist besonders ausgereift, wenn wir in Hierarchien stecken und uns selber nur als ein Glied in einer Kette wahrnehmen. Dazu eine Person, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ist: «Manchmal identifiziere ich mich mit den AkteurInnen weiter oben in der Kette, manchmal mit den Personen weiter unten. Ich kann die Personen weiter «unten» kritisieren, wenn ich mit meinen Vorgesetzten über Vorgehensweisen und Erledigungen spreche, und ich kann die Leute weiter «oben» kritisieren, wenn ich mit meiner Basis über Nord-Süd Beziehungen spreche.»)

Inforpress hat diese Strategie des trojanischen Pferdes in den Workshops für COCODES und COMUDES (Komitees für Entwicklung auf Gemeinde- und Bezirksebene) unter der Schirmherrschaft der kommunalen BürgermeisterInnen thematisiert. In den Treffen werden den Führungspersonen der Gemeinden Informationen und Analysen präsentiert, und im Workshop wird aufgezeigt, wie wichtig die BürgerInnenbeteiligung für das Funktionieren einer Munizipalität ist.

In einigen Fällen stehen die BürgermeisterInnen unter Druck und in korrupten Verhältnissen zu Kongressabgeordneten, sozialen Fonds und anderen Instanzen der Zentralregierung. Wenn sie nicht entschieden handeln, um diese Abhängigkeiten loszuwerden, wird jede Administration zu jenem Modell zurückkehren, das mit den sechs Regierungen der letzten 22 Jahre, ohne Ausnahme, existierte. Dieses Modell hat eine Parallele in der Erzählung "Der Alte und das Meer" des Schriftstellers Ernest He-

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

mingway. Jedes Mal bei den Wahlen schafft es eine andere Partei, einen Fisch zu fangen, der so gross ist, dass er in ihrem Boot keinen Platz hat. Wenn sie vier Jahre später am Hafen ankommt, ist ihre Beute wegen der Gefrässigkeit der Haie, die unbestraft ums Boot herum schwimmen, auf Knochen zusammengeschrumpft. Im Fall der Politik in Guatemala sitzen viele Haie sogar mit im Boot.

Zusammengefasst: Die Korruption ist ein notwendiges und zentrales Thema für jede Regierung, die mit dem Teufelskreis vom Alten und dem Meer brechen will. Wenn sich der Kampf gegen die Korruption nicht in eine soziale Bewegung verwandelt, die von der Regierung mitgetragen wird, geht der Zerfallsprozess unverzüglich weiter. Wenn der Kampf moderat ist anstatt kontra-hege-

monial und sozial zu sein, wird sein Resultat oberflächlich und stabilisierend sein, ohne die Beziehungen und Strukturen, die eine Regierung an die Macht gebracht haben, zu verändern.

Es gibt keine Erfolgsgarantien, wenn man beschliesst, diese Probleme anzupacken, aber es gibt sehr wohl eine Misserfolgsgarantie, wenn es nicht gemacht wird.

Keine Haushaltsverabschiedung ohne Eklat

Guatemala, 03. Dez. Im Vergleich zu den Jahren zuvor, verlief die Verabschiedung des Staatshaushaltes für 2008 heuer ungewöhnlich zügig. 13 von 17 Anträgen, die von der Finanzkommission gestellt worden waren, wurden aufgenommen und trotz Kritik das Paket über 42,535 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 5,7 Mrd.) verabschiedet. Im letzten Jahr waren es 37,704 Mrd. Quetzales. Wesentliche Abzüge betreffen dabei diverse Sozialfonds und eine gravierende Umschichtung ist innerhalb des Bildungsetats zu verzeichnen, in dem relativ überraschend, Gelder des Selbstverwaltungsprogramms PRONADE auf reguläre LehrerInnenstellen transferiert werden. In Frage gestellt wurden die Zuwendungen an das *Vorsorgeinstitut des Militärs* (IPM) und die *Veteranenvereinigung* AVEMILGUA. Demgegenüber wurde eine Kürzung der Gelder für das Verteidigungsministerium in den Bereichen Modernisierung und Ausrüstung vorgenommen.

Brisanteres Diskussionsthema war die Verlängerung der *Ausserordentlichen Steuer zur Unterstützung der Friedensverträge* (IETAAP), die eigentlich mit Ende dieses Jahres auslaufen sollte. Trotz des Widerstandes der *Patriotischen Partei* (PP) sicherte sich der gewählte Präsident Álvaro Colom grünes Licht von Seiten der Abgeordneten für die rund 1,7 Mrd. Quetzales an Staatseinnahmen zumindest für ein weiteres Jahr und sollte damit seine Regierungspläne verwirklichen können. Einen weiteren Joker hat er mit Billigung des Kongresses im Ärmel, nämlich die Verfügung, abhängig von den Erfordernissen seiner Vorhaben, frei über die Übertragung von Geldern von einem Posten auf den anderen zu bestimmen.

Doch ganz so glatt sollte die Haushaltsdebatte auch dieses Jahr nicht enden. Der Abgeordnete Jorge Luis Ortega von der Partei DIA ("Authentische Integrale Entwicklung") stellte den Antrag darauf, dass diejenigen Abgeordneten, die für die nächste Amtsperiode nicht wieder gewählt werden, eine Entschädigungszahlung in Höhe eines

Monatsgehaltes (9'500 Quetzales) pro "abgeleistetem" Amtsjahr, aber maximal für 10 Jahre erhalten. Zusätzlich sollten die amtierenden ParlamentarierInnen ein Weihnachtsgeld von 500 Quetzales und eine jährliche Gehaltserhöhung von 10% bekommen. Von der Entschädigungszahlung würden beim anstehenden Regierungswechsel 90 ausscheidende Abgeordnete profitieren, die meisten waren 4 Jahre dabei und hätten laut Antrag Anspruch auf je 35'000 Quetzales. Einige von ihnen jedoch beenden mit dieser Legislaturperiode ihr 12. Jahr im Kongress, somit summierten sich für sie 95'000 Quetzales.

Mit 105 Stimmen wurde das entsprechende Gesetz mit nationaler Dringlichkeit verabschiedet - und schon ging der Sturm los. Schnell wurde Kritik aus der Zivilgesellschaft wie dem *Kollektiv Sozialer Organisationen* (COS) und Verfassungsschutzorganisationen laut, aber auch der UnternehmerInnenverband CACIF erwog, sich der Drohung anzuschliessen, beim Verfassungsgericht Klage einzureichen. Schliesslich könnten sich die "Väter und Mütter der Nation" nicht einfach selbst eine Entschädigungszahlung mit öffentlichen Geldern verordnen, ausserdem würden sie planmässig nach vier Jahren aus dem Amt scheiden, wenn sie nicht wieder gewählt werden und würden nicht grundlos gekündigt - ein Umstand, in dem sie durchaus Anspruch auf Entschädigung hätten.

Otto Pérez Molina, Chef der *Patriotischen Partei* (PP), zog gleich disziplinarische Konsequenzen. Er hatte kurz vor der Abstimmung im Plenum seine Partei dazu aufgerufen, den Saal zu verlassen, doch einige - an der Entschädigungszahlung persönlich interessierte - Mitglieder kehrten zurück und stimmten für den Antrag. Auf Geheiss ihres Parteichefs wurden daraufhin Carlos Solórzano, Conchita Mazariegos und Rafael Barrios Flores sowie wenig später zwei weitere Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Barrios Flores gehört zu denjenigen, die seit 12 Jahren im Kongress weilen. Auch die *Grosse Na-*

tionale Allianz (GAN) verzeichnete internen Zwist mit der Folge, dass just der Parteisekretär Jorge Méndez Herbruger und sein Vize Jaime Martínez Lohayza nun vor das Disziplinarkomitee der Partei zitiert werden. Und selbst in Álvaro Coloms *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) kam es zu konsequenten Verlusten: Fraktionschef Nery Samayoa wurde wegen seiner Stimmabgabe mit seiner Parteientlassung abgestraft.

Offenbar war die Idee seit dem Frühjahr Kongressintern diskutiert worden und hatte damals viele AnhängerInnen. Von denen zogen jedoch diejenigen, die tatsächlich wieder gewählt wurden, nach den Wahlen ihre Stimme zurück. Angesichts der harschen Kritik von allen Seiten an dem Entschädigungsvorschlag sah sich der Parlamentsvorstand dazu gezwungen, sich irgendwie aus der Affaire zu ziehen. So gestanden die Vorsitzenden Fehler beim Prozedere der Abstimmung ein und beruhigten die Bevölkerung, wenn für die erneute Abstimmung zugunsten der Aufhebung des Beschlusses nicht genug Stimmen zusammen kämen, würde das Gesetz trotzdem nicht in Kraft treten, weil man einfach die Veröffentlichung desselben in der Regierungsgazette unterbinden würde - finale Voraussetzung, damit ein Gesetz Gültigkeit erlangt. Dann auf einmal war es der Abgeordnete Jorge Luis Ortega, der sich während seiner Antragstellung in der Formulierung vertan und auf ein falsches Dekret Bezug genommen haben soll, der den Grund der Ungültigkeit des Parlamentsbeschlusses liefern sollte. Ortega selbst jedoch warf dem Kongressvorstand vor, sich dem Druck der Öffentlichkeit zu beugen.

Sicherheitshalber legte die Führungsriege des Parlaments das fragile Gesetz dem Verfassungsgericht vor und verschaffte sich somit etwas Luft, sicherlich verbunden mit der Hoffnung, dass die öffentliche Erregung nach bereits angetretener Parlamentarischer Pause abebbt - auch wenn ein Tag verschenkt wurde, an dem noch so manches ausstehende Gesetz hätte verabschiedet werden können.

Totschicke Schuhe zum Int. Tag gegen Gewalt an Frauen

Guatemala, 01. Dez. An der Situation hat sich seit letztem Jahr nichts verändert: Die Zahlen von gewalttätigen Übergriffen an Frauen steigen kontinuierlich. Nach Angaben der Organisation *Koordination 25. November* - das ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen, an dem auch heuer zahlreiche AktivistInnen und internationale Institutionen die Staaten dazu aufgerufen haben, die Frauen effektiver zu schützen - werden täglich 2 Frauen in Guatemala umgebracht. Die *Guatemaltekeische Frauengruppe* (GGM) bezieht sich auf Daten von staatlichen Stellen, wenn sie informiert, dass zwischen 2000 und 2007 6'025 Anzeigen wegen Vergewaltigung, 139'682 wegen häuslicher Gewalt und 3'281 wegen Mordes an Frauen registriert wurden. Diese Zahlen erschrecken angesichts der Tatsache, dass von 10 Frauen, die unter Gewalt leiden, 6 Opfer ihres Partners sind und allein 2 überhaupt zur Polizei gehen.

In nur 7% aller denunzierten Fälle ist es dabei zu einem Gerichtsprozess gekommen, von denen lediglich 3% zu einer Verurteilung der Täter geführt haben. Häufiger sei es, dass die Anzeigen,

die von angegriffenen Frauen eingereicht werden, nicht beachtet würden, erklärt Gladys Ollas von der Abteilung für Frauen des *Menschenrechtsprokurats* (PDH). Gemäss Informationen der Tageszeitung *Prensa Libre* bleibt der Grossteil der Verbrechen ungestraft aufgrund von unsauberer Verfahrenspflege von Seiten der Justizangestellten. In Huehuetenango wurden beispielsweise zwei Frauen von zwei Jugendlichen vergewaltigt, doch als sie Klage erheben wollten, beschränkte sich der Richter darauf, eine aussergerichtliche Einigung zu ersuchen.

Die Jahresdurchschnittswerte von gewalttätigen Morden an Frauen schwanken zwischen 438, angegeben von der GGM, und 442, die bei der PDH registriert werden. Diese beobachtete in den letzten Jahren einen Anstieg dieser Verbrechen von 19%.

Giovana Lemus, Repräsentantin der GGM, macht darauf aufmerksam, dass in der Mehrheit der Polizeiberichte die Morde an Frauen als "Verbrechen aus Leidenschaft" bezeichnet werden, womit dem Opfer eine Mitschuld für die Tat zugeschrieben wird.

Als makabrer und beleidigender Höhepunkt galt die just Mitte November in Guatemala und El Salvador lancierte Werbekampagne für die salvadorianische Schuhmarke *MD*: Auf den Plakaten sah man eine Frau auf einer Bahre in liegender Position, die nahelegte, dass die Frau tot war. An den Füssen trug sie hochhackige bunte Schuhe, an ihrem Zeh hing ein Identifikationszettel vom Leichenschauhaus - übertitelt mit "Está de muerte" - ein Begriff, der in der Spanischen Umgangssprache eine kulinarische Köstlichkeit lobt und ähnlich wie das deutsche "totschick" zwar auf den Tod anspielt, aber eigentlich ein positiver Ausdruck ist.

Während die zuständige Werbeagentur *Ogilvy* aus El Salvador anfänglich noch versuchte, das intendierte Wortspiel zu erläutern und sich gegen die Vorwürfe zu wehren, die in der Region herrschende Gewalt an Frauen zu verherrlichen, zog sie aufgrund des Druckes guatemaltekeischer und salvadorianischer Frauenrechtsgruppen sowie der Stadtverwaltung von San Salvador die Werbekampagne nach 14 Tagen schliesslich zurück.

Der historische Streit um Belize hält an

Guatemala, 26. Nov. Vor wenigen Tagen schlug José Miguel Insulza, der Präsident der als Vermittlerin im Konflikt agierenden *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) vor, Guatemala und das im Nord-Westen anrainende Belize sollten den territorialen und maritimen Disput vor einem internationalen Gericht lösen. Seit 2000 laufen bereits die entsprechenden Verhandlungen, doch bis heute ohne Einigung. Insulzas Vorschlag löste unterschiedliche Reaktionen aus.

Obwohl der seit Jahrzehnten verfochtene Anspruch Guatemalas ein Gebiet von 12'000 Quadratkilometern im Süden Belizes umfasst, versichern die Völkerrechtler Enrique Cabrera Antolinez und Enrique Cabrera Pivaral, Guatemala besitze rechtlich gar die Möglichkeit, ganz Belize für sich zu reklamieren. Die beiden Anwälte haben offenbar entsprechende Studien für das Aussenministerium angefertigt und schlugen nun einer für den schwelenden Konflikt zuständigen Kommission vor, Guatemala könnte einen von den *Vereinten Nationen* geschaffenen Treuhandfonds beantragen, um den Differendumsprozess auszutragen.

Eines ihrer dargelegten Argumente reicht weit zurück: Als nämlich Guatemala mit England darin übereinkam, auf

das fragliche Territorium zu verzichten, sei Guatemalas Unabhängigkeit als Republik noch nicht von Spanien anerkannt gewesen und ein Abkommen zwischen den europäischen Nationen gültig, das es untersagte, mit Kolonien anderer Staaten zu verhandeln. Zwischen 1783 und 1786 habe Spanien dem Vereinigten Königreich zwar einen Teil des nördlichen Gebietes Belizes für den Holzabbau zugestanden. Laut der beiden Anwälte wurde mit diesem Zugeständnis aber nicht die Hoheit über das Land übertragen. Zur Unterstreichung ihrer Anspruchstheze ziehen sie nun das Strafgesetzbuch heran, laut dem als Verrat bewertet wird, wenn das nationale Gebiet beeinträchtigt würde. Somit würde die Kommission ein Verbrechen begehen, wenn sie empfehlen würde, lediglich einen Teil des belizischen Landes einzufordern.

Erst Gabriel Orellana, Aussenminister unter Alfonso Portillo, verweist trotz aller rechtlichen Umstände auf den politischen Kontext: Ein internationales Gericht werde schwerlich die Existenz eines Staates, wie Belize es ist, aufheben. Ausserdem sei das Nachbarland auch von Guatemala bereits während der Regierung von Jorge Serrano Elías als solcher anerkannt, damals hatte der heuti-

ge Bürgermeister der Hauptstadt, Álvaro Arzú, das Amt des Aussenministers inne. Laut Orellana sei 1999 ein von Arzú unterzeichneter Brief ans belizische Aussenministerium gegangen, in dem Guatemala seine Intention äusserte, das Gebiet zwischen den Flüssen Sarstún und Sihún im Süden zurückzufordern, über den Rest des Landes würde man später entscheiden. Von Seiten Belizes wurde hingegen offenbar laut, dass sich die Grenze zu Guatemala weiter Richtung Osten, sprich in das Gebiet des Departements Petén verschieben solle, ein Unding für Guatemala.

Konkret spürt den Konflikt die in der Grenzregion lebende Bevölkerung, die sich immer wieder durch die Präsenz des jeweils anderen Militärs eingeschüchert fühlt. Auch von verschwundenen Guatemalteken war eine Zeitlang die Rede.

Der amtierende Aussenminister Gert Rosenthal wies derweil darauf hin, dass man zwar eine klare Forderung vorbereiten müsse, aber noch an keiner definitiven Position arbeite. Im nächsten Jahr könnte es erst einmal zu einer Volksbefragung kommen, um zu entscheiden, ob der Disput überhaupt vor ein internationales Gericht getragen wird oder sich ein Schiedsgericht dem Fall annehmen soll.

100.000 Mikrokredite für Landfrauen

Guatemala, 23. Nov. Mehr als 100.000 Frauen, die in ländlichen Regionen Guatemalas leben, werden in den nächsten drei Jahren die Möglichkeit haben, über die staatliche *Banrural* Mikrokredite in Höhe von zwischen 500 und 2'000 Quetzales zu beziehen. Dies ist das Ergebnis der Vertragsunterzeichnung von Seiten der genannten guatemaltekischen Bank, der *Grameen Bank*, der Stiftung *Whole Planet* und dem Programm "Creciendo Bien" des *Sekretariats der Präsidentengattin* (SOSEP).

Die Funktionsweise und Konditionen sollen dem Modell der *Grameen Bank* folgen, deren Gründer Muhammad Yunus im letzten Jahr den Friedensnobelpreis bekommen hat. Die Mikrokredite werden Frauengruppen gegeben, die auf einen gewissen Organisationsgrad verweisen können. 12% Zinsen werden für die Geldleihe erhoben. Ähnlich wie die Erfahrungen anderenorts, haben auch die 6'300 guatemaltekischen Frauen, die bereits durch einen "Grameen-Mikrokredit" von der *Banrural* begünstigt wurden, keine Versäumnisse in ihren Rückzahlungen vorzuweisen.

Die Frauengruppen brauchen weder Bürgschaft noch sonstige Gläubiger, allein ihr Wort zählt für ihre Kreditwürdigkeit. Zudem werden die Mikrokreditnehmerinnen von der Bank bzw. in diesem Fall mittels des SOSEP-Programms unterstützt bei der Durchführung ihrer meist produktiven Projekte. Ausserdem werden den Frauen Fortbildungen in Sachen Gesundheit, Ernährung, Hygiene, Selbstbewusstsein und Kindererziehung angeboten, um ihnen das Werkzeug an die Hand zu geben ihre Arbeit noch besser auszuführen.

Auch in Guatemala wird mit den gerade veröffentlichten Ergebnissen des *II Zensus über die Aktivitäten in Kooperativen* die oft gemachte Beobachtung bestätigt, dass die Frauen als Verantwortliche in Kooperativen verantwortungsvoller mit der Rückzahlung von Schulden umgehen. 42% der mit dem Zensus erfassten Kooperativen werden derzeit von Frauen geführt, sowohl in der Hauptstadt wie in den Departements.

Rodolfo Orozco vom *Nationalen Kooperativen-Institut* (INACOP) unterstreicht nicht nur die Bedeutung der Frauen in Entscheidungspositionen der Produktionszusammenschlüsse, sondern hebt hervor, dass diese Form der Erwerbstätigkeit bereits den Lebensstandard von tausenden von Frauen verbessert habe und zu einer wesentlichen Schaffung von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und der Vergabe von Krediten an Personen geführt hat, die in der

traditionellen Situation zwischen Bank und Einzelperson nicht berücksichtigt werden.

Demgegenüber wurden jüngst die Ergebnisse des "Gender Gap Index 2006" vom Weltwirtschaftsforum vorgestellt, also die Situation der aufklaffenden Schere zwischen Frauen und Männern in Sachen Zugangschancen. In Guatemala geht diese Schere gemäss der Studie immer weiter auseinander, das Land fiel von Platz 96 auf Platz 106 (von 128 Plätzen) zurück und stellt das Schlimmste in Lateinamerika dar. Das bedeutet, dass die Frauen in Guatemala mehr und mehr diskriminiert und ausgeschlossen werden. Nur Ecuador, Venezuela, Honduras und Bolivien haben ihre Positionen verbessert; als regionaler Vorreiter steht Kuba auf Platz 22, gefolgt von Kolumbien (24) und Costa Rica (28). Angeführt wird das Ranking von Schweden, Norwegen und Finnland.

Zweifelhaft ist der Sinn und das Vorgehen der Untersuchung, wenn die *Finanzial Times Deutschland* erläutert: "Die Fälle, in denen Frauen in einem Be-

reich sogar stärker vertreten waren, wurden nicht berücksichtigt. Schließlich, so die Autoren, gehe es um Gleichberechtigung und nicht darum, ob Frauen den "Kampf der Geschlechter" womöglich sogar gewinnen."

Für Ada Valenzuela von der Frauenorganisation UNAMG ist das Ergebnis Guatemalas Beweis für das dominierende Zusammenspiel ganz bestimmter Faktoren: Der Neoliberalismus, der patriarchale Staat und der herrschende Rassismus seien Grund dafür, dass die Ungleichheit und der gesellschaftliche Ausschluss ein weibliches Gesicht tragen würden. Folglich sei eine Transformation des gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Systems von Nöten.

Als Ausdruck der Ungleichheit nannte Gabriela Núñez, Leiterin des *Präsidialen Sekretariats für die Frau* (SEPREM), die herrschende Gewalt und eine rückständige Gesetzgebung, die zur Benachteiligung der Frauen beitragen. Die nächste Regierung stehe zudem vor der Herausforderung, die indigenen Frauen in diverse Bereiche mit einzubeziehen.

Heisser Wind von Florido

Guatemala, 30. Nov. Gerade zum Präsidenten gewählt, versicherte Álvaro Colom, seine Administration werde die im August bewilligte *Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) unterstützen. Während seiner Amtszeit werde es keine Privilegien für diejenigen geben, die gegen das Gesetz verstossen, es werde ein neues Kapitel aufgeschlagen, damit die guatemaltekischen Familien in einem Ambiente völliger Sicherheit leben können, denn man habe ein gesamtheitliches Programm, das 2008 gestartet werden wird.

Auch verfügte die Staatsanwaltschaft laut Presseangaben bereits über eine Liste mit Namen von 55 Personen, darunter StaatsanwältInnen und ErmittlerInnen, die für die CICIG vorgeschlagen werden sollten. Darunter fanden sich einige Personen in aktuell leitenden Positionen der Institution, Namen wurden aber noch keine genannt.

Auf einmal dann schlug Oberstaatsanwalt Juan Luis Florido kurz vor der Verabschiedung des Staatshaushaltes Alarm, der Einsatz der CICIG sei in Gefahr. Er verkündete, die von der Staatsanwaltschaft beantragte Etaaufstockung werde im Gesamthaushalt nicht berücksichtigt und wenn das nicht korrigiert würde, könne man weder die 200 ErmittlerInnen anstellen noch die Einheiten für die Sicherung des Tatortes ver-

doppeln und, neben vielen anderen Plänen, könnten auch nicht die 380 Personen unter Vertrag genommen werden, die von der kanadischen Regierung ausgebildet werden sollten. "Das Gravierendste ist, dass wir auch nicht der Verpflichtung gegenüber der CICIG nachkommen könnten", bedauerte der Chef der Staatsanwaltschaft.

Doch ihm wurde alsbald widersprochen. Iduvina Hernández, Analytistin der Organisation *Seguridad en Democracia* (SEDEM), deklarierte Floridos Aussage kurzweg als falsch: "Die Tätigkeit der CICIG wird von der internationalen Gemeinschaft finanziert und ein Teil der Ausgaben für die Institution ist ohnehin im Ausgabenbudget der Staatsanwaltschaft verankert". Generell sei eine Revision in Bezug auf die Ausgaben dieser Einrichtung sinnvoll, "denn sie ist zu mehr als 90% ineffizient. Von jedem Quetzal, der ausgegeben wird, landen 97 Centavos im Müll", versicherte die Expertin in Sicherheitsfragen, die sich sicher ist, dass dem Oberstaatsanwalt alles recht sei, was ihm als Entschuldigung dienen könnte, die Tatenlosigkeit seines Ressorts zu rechtfertigen.

Ähnlich meint auch Sandino Asturias, Direktor des *Studienzentrums von Guatemala* (CEG) und Fachmann in Si-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

cherheits- und Justizfragen, dass die Staatsanwaltschaft auch mit mehr Budget die Zahl von erfolgreich ermittelten Fällen nicht erhöhen werde und Florido sich schlicht aus der Affäre zu ziehen versucht. Denn, gemäss Asturias, diese Institution sei die Justizinstanz gewesen, die am stärksten von der internationalen Gemeinschaft unterstützt worden sei: "In den letzten Jahren wurde der Etat um 66% erhöht, die Ineffizienz ist also kein Problem des Geldes sondern eins des fehlenden politischen Willens". "In Guatemala beträgt die jährliche Zahl an Morden inzwischen rund 6'000 und in 98 bis 99% der Fälle herrscht Straflosigkeit", fügt er hinzu.

Unterdessen versucht die Organisation "Pro Patria" die Einrichtung der

CICIG dieses Mal mit der Klage vor dem Verfassungsgericht zu unterbinden, das Prozedere der Billigung im Kongress hätte gegen die Carta Magna verstossen, da das Gesetz mit nationaler Dringlichkeit durchgewunken worden sei und die Abgeordneten keine Gelegenheit gehabt hätten, den Text detailliert zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren. Indes bestätigten die ermächtigten Vertreter der *Europäischen Kommission* und der USA ihre finanziellen Zusagen für das Funktionieren der CICIG. Erstere sagte dabei zu, die technische Ausrüstung wie Fahrzeuge, Material und Computer sowie übrige Gelder im Land zu lassen, die Teil des Budgets für die Wahlbeobachtung gewesen waren.

Carlos Castresana, der designierte Leiter der Mission, sah sich angesichts der aufgeworfenen Zweifel dazu veran-

lasst, in einem Kommuniqué die Finanzierung des Vorhabens noch einmal darzulegen. Laut dem spanischen UN-Vertreter sei das erste Jahr der Untersuchungskommission mit den vorhandenen internationalen Geldern bereits abgesichert, der guatemaltekische Beitrag beziehe sich auf eine generelle Kooperationsverpflichtung und spezifische Obligationen zur Gewährung von Sicherheit und Schutz sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten. Also kommen für Guatemala Ausgaben für Material und Personal auf, doch diese gingen direkt an nationale Partnerorganisationen, die CICIG erhalte keine direkten Zuwendungen vom Staat, erläutert Castresana.

Und schliesslich verabschiedete der Kongress doch die für die Staatsanwaltschaft vorgesehene Budgeterweiterung.

Mehr Drogenkontrollen erwünscht

Guatemala, 26. Nov. Die *PharmazeutInnen- und ChemikerInnenkammer* (CFQG) erwirkte dieser Tage vor dem Obersten Gerichtshof (CSJ) eine temporäre Unterlassungsverfügung gegen das Gesundheitsministerium, das seit Anfang des Monats durch veränderte Vorschriften die Einfuhr von Medikamenten und chemischen Substanzen deutlich erleichtert hat. Darin sieht die Kammer ein "Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung" obgleich der Staat "verpflichtet ist, die Kontrolle über die Medikamente und Produkte für den menschlichen Konsum zu bewahren". Besonders befürchtet das Gremium die Einfuhr von Medikamenten schlechter Qualität und der Abzweigung von Substanzen wie Ephedrin und Pseudoephedrin, die legal verwendet - bei der Produktion von Grippemedikamenten zum Einsatz kommen, aber auch zur Herstellung der Droge Ecstasy dienen.

Marta Tánchez, Präsidentin der CFQG, kritisiert den jetzt vom Gesundheitsministerium eingeführten Gebrauch des so genannten SOL-IMP-Formulars beim Import von Nahrungsmitteln, Kosmetika, kontrollierten wie nicht-kontrollierten Medikamenten bis hin zu Rohstoffen wie chemischen Vorläufersubstanzen, beispielsweise eben dieses Ephedrins. Problematisch ist bei diesem SOL-IMP-Formular, dass es nun nicht mehr die abschliessende Unterschrift eines pharmazeutischen Chemikers oder einer ebensolchen Chemikerin bedarf, sondern die Signatur durch den oder die GeschäftsführerIn oder legale(n) Repräsentanten/in der Import-Firma ausreiche. Tánchez befürchtet, dass es passieren könnte, "dass ein Unternehmen bloss

auf dem Papier gegründet wird und der Gärtner oder sonst jemand zum legalen Vertreter gemacht wird". "Anstatt die Voraussetzungen zu minimieren, müssten wir sie verstärken, denn davon hängt unsere Kontrolle der chemischen Rohstoffe und der kontrollierten Drogen ab", unterstrich sie in ihrer Kritik.

In einem Bericht, den die AnwältInnen des Gesundheitsministeriums auf Forderung des CSJ vorlegten, wird darauf verwiesen, dass die Änderung der Vorschriften auf einen institutionellen Kooperationsbrief zwischen dem ehemaligen Gesundheitsminister Marco Tulio Sosa und der *Industriekammer Guatemalas* (CIG) zurückgehen. Die CSJ-Verfügung hingegen stellt nun auch die Gesundheitsautoritäten in Frage ob der Unterbringung der Anlaufstelle, bei der die Import-Formalitäten für Medikamente und pharmazeutische Materie zu erledigen ist. Der CIG-Präsident Thomas Dougherty versichert indes, dass das Personal an diesem Schalter vom Gesundheitsministerium sei. "Wir, als Teil des Kooperationsvertrags, stellen die Lokalität für das Büro zur Verfügung und stehen für spezifische Dienstleistungen sowie die Qualitätskontrolle des Services zur Disposition."

Wenig verwundert, dass das Ministerium sich einmal mehr aus der Verantwortung zu ziehen versucht, eine profunde Untersuchung der Situation würde sicherlich interessante Zusammenhänge aufdecken.

Gleichzeitig nämlich erklärt sich die Regierung dem Drogenverkehr und -handel im Land hilflos gegenüber, begründet ihre Erfolglosigkeit im Kampf dagegen jedoch vornehmlich damit, dass

die USA viel zu wenig Gelder dafür zur Verfügung stellten. Vizepräsident Eduardo Stein beschwerte sich auf einem Forum der unabhängigen Organisation *Diálogo Interamericano* in Washington über die Kritik der USA an Guatemala, zu wenig gegen den Drogenhandel zu unternehmen und bezeichnete es als "schlechten Scherz", dass die Vereinigten Staaten für die nächsten drei Jahren 1,4 Mrd. US-\$ Mexiko für den Anti-Drogenkampf zugestehen, während gerade einmal 50 Mio. US-\$ an Zentralamerika gehen sollen. Stein befürchtet, sekundiert von Präsident Berger, dass sich als Folge des Plans von Washington die Kartelle weiter nach Süden ausbreiten, die dortigen Länder aber gar nicht in der Lage seien, diesen zu entgegnen. Denn allein 2 Mio. US-\$ pro Jahr und Land gingen in die Bezahlung der BeraterInnen und in einige wenige digitale Informationszentren, so Stein. Demgegenüber bräuchte es in erster Linie Unterstützung für Entwicklungsprojekte für die abgeschiedenen Gemeinden, denen derzeit die Drogenbosse die Projekte und Dienstleistungen zukommen lassen, die sie vom Staat nicht erhalten.

Doch selbst in Guatemala wird der Platz bereits eng für die Kartelle. So berichtet die Tageszeitung *Prensa Libre*, die Gefolgsleute der beiden Bosse Otto Herrera, der in Kolumbien gefasst worden ist und demnächst an die USA ausgeliefert werden soll, und Jorge Mario Paredes, gegen den ebenfalls ein internationaler Haftbefehl vorliegt, hätten sich im Departement Alta Verapaz gegenseitig den Krieg erklärt und lieferten sich in der departementalen Hauptstadt Cobán auf offener Strasse Schiessereien.